

Linksjugend fordert Jobticket für Landesbeschäftigte

Die Linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg verurteilt die Entscheidung der grün-roten Landesregierung, den Mitarbeitern des Landes kein Jobticket anzubieten.

Aus Regierungskreisen heißt es, ein Jobticket für Mitarbeiter des Landes sei zu teuer. Daher verzichtet die grün-rote Landesregierung auf diesen Anreiz zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn. Dabei haben kommunale Behörden bereits positive Erfahrungen mit Jobtickets gemacht. So ist die Anzahl der Nutzer von Abokarten in der Stuttgarter Stadtverwaltung um 250% gestiegen, nachdem ein Jobticket eingeführt wurde.

“Die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs ist eine wichtige Voraussetzung, um den umweltschädlichen und im Stadtgebiet logistisch schwierigen Autoverkehr einzudämmen. Vor diesem Grund ist die Entscheidung der Landesregierung kein Jobticket anzubieten unverständlich. Gerade bei den Grünen, die sich seit Jahren den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs auf die Fahnen geschrieben haben, ist dies Paradox“, erklärt Hilke Hochheiden, Pressesprecherin der Linksjugend Baden-Württemberg.

Laut Berichten der Stuttgarter Nachrichten vom 26.2.2015 ist die Rechtfertigung für diese Entscheidung die knappe Finanzlage mit Hinblick auf die Schuldenbremse.

Dazu Hochheiden weiter: “Die Begründung, dass nicht genug Geld für ein wichtiges Thema wie die Stärkung der öffentlichen Verkehrsmittel da ist, zeigt einmal mehr, wie destruktiv die Schuldenbremse ist. Eine Begrenzung der Ausgaben des Landes geht zulasten zukunftssträchtiger Entscheidungen und Investitionen. Gerade die junge Generation hat nichts davon, wenn die schwarze Null durch kaputte Straßen, schlechte Luft in den Städten und marode Schulen erkaufte wird.”

Pikant wird es, wenn den Kosten für eine Stärkung des ÖPNV die Ausgaben für Inklusion an den Schulen gegenübergestellt werden. Hierzu erklärt Sven Fichtner, Sprecher der Linksjugend [‘solid] Stuttgart: “Es grenzt an Perversion, dass die Landesregierung tatsächlich versucht, die Inklusion und den ökologischen Umbau gegeneinander auszuspielen. Baden-Württemberg braucht beides dringend. Gerade eine grün-rote Landesregierung sollte hier nicht spalten sondern Verbinden und den Mut besitzen, für eine zukunftssträchtige Investition Geld auszugeben.”